

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

(47. - öffentliche - Sitzung am 14. Januar 2021)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich geschlossenen Handelsabkommen nach dem Brexit**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung, die Unterrichtung bei Vorliegen eines neuen, Niedersachsen betreffenden Sachstands zu ergänzen.

2. **EU-Angelegenheiten**

Hierzu ergaben sich keine Unterrichtungswünsche.

3. **Berichte über Frühwarndokumente**

Der Ausschuss nahm kurze schriftliche Unterrichtungen durch die Landesregierung zu folgenden Bundesratsdrucksachen entgegen:

- 727/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates über europäische Daten-Governance (Daten-Governance-Gesetz) zur Verwirklichung des Datenbinnenmarktes, COM (2020) 727 final
- 738/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zu einer verstärkten Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte COM (2020) 725 final
- 739/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 851/2004 zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten COM (2020) 726 final
- 740/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zu schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 1082/2013/EUCOM(2020) 727 final
- 759/20: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Änderung der Richtlinien für 2006/43/EC, 2009/65/EC, 2009/138/EU, 2011/61/EU, EU/2013/36, 2014/65/EU, (EU) 2015/2366 und EU/2016/2341 zur Umsetzung der neuen Strategie für ein digitales Finanzwesen, COM (2020) 596 final
- 768/20: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates in Bezug auf die Betriebsstabilität digitaler Systeme des Finanzsektors und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1060/2009, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 909/2014, COM (2020) 595 final

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn zu der nächsten Sitzung am 4. Februar 2021 näher über die Bundesratsdrucksachen 759/20 und 768/20 - insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf das Steuerberaterwesen - und bis März 2021 über die Bundesratsdrucksachen 738/20, 739/20 und 740/20 jeweils schriftlich zu unterrichten.

4. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss kam - vorbehaltlich der Klärung technischer Voraussetzungen - überein, am 15. April 2021 um 19.00 Uhr eine Videokonferenz mit Vertretern der niederländischen Nordprovinzen abzuhalten.